Stand: 19.11.2026 07:27:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13624

"Vorfahrt für Familien statt neuer Belastungen - Kürzung der Kinderkrankentage verhindern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13624 vom 29.09.2026
2. Beschluss des Plenums 19/13766 vom 30.09.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 30.09.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.09.2026 **Drucksache** 19/**13624**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Vorfahrt für Familien statt neuer Belastungen – Kürzung der Kinderkrankentage verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der Ankündigung eines „noch kinderfreundlicheren Bayerns“ des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder Taten folgen zu lassen und

– sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die angekündigte Kürzung der Kinderkrankentage (von 15 auf 10 Tage pro Kind und Elternteil, für Alleinerziehende von 30 auf 20 Tage) nicht umgesetzt wird und der derzeit geltende Anspruch dauerhaft gesetzlich verankert wird,

– in Bayern eine Arbeitskultur zu fördern, in der Eltern ihre kranken Kinder gleichberechtigt und ohne berufliche Nachteile betreuen können, über den Familienpakt Bayern dafür zu werben und als Arbeitgeber selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

Begründung:

Bundesminister für Gesundheit Dr. Carsten Linnemann hat in der Regierungsbefragung am 23. September 2026 angekündigt, die Erhöhung der Kinderkrankentage nicht über das Jahr 2026 hinaus fortzuführen. Ab 2027 stünden Eltern damit wieder nur zehn Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil zur Verfügung, Alleinerziehenden nur noch 20.

Nur wenige Tage zuvor hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der Klausurtagung der CSU-Fraktion ein „noch kinderfreundlicheres Bayern“ angekündigt. Das passt nicht zusammen. Wer von einer „Fast Lane“ für Familien spricht, darf nicht tatenlos zusehen, wie Eltern ausgerechnet die Zeit genommen wird, die sie für ihre kranken Kinder brauchen. Die Staatsregierung muss sich an ihren eigenen Worten messen lassen und sich dafür einsetzen, dass die Pläne zur Verringerung der Kinderkrankentage zurückgenommen werden.

Gesetzlich versicherte Eltern haben derzeit Anspruch auf 15 Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil, Alleinerziehende auf 30 Kinderkrankentage, sofern das Kind das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Diese Regelung wurde seit 2024 jeweils befristet fortgeschrieben, zuletzt für das Jahr 2026. Die Bundesregierung selbst hat dies ausdrücklich mit der weiterhin hohen Krankheitslast bei Kindern begründet, insbesondere mit Atemwegserkrankungen. Sie nun als bloße „Corona-Sonderregel“ abzutun, verkennt die Lebensrealität von Familien. Kranke Kinder brauchen Ruhe und die Zuwendung ihrer Eltern, nicht den Lärm einer Kita-Gruppe oder einer Schulklasse, in der auch die pädagogischen Fachkräfte keine dem kranken Kind angemessene

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Einzelbetreuung leisten können. Besonders schwer wiegt eine Kürzung der Kinderkrankentage zudem für Familien mit chronisch kranken Kindern.

Die Kürzung trifft daneben vor allem Mütter. Laut AOK übernehmen Frauen den Großteil der Kinderkrankentage. Bayern ist dabei bundesweit Schlusslicht: Nur 23 Prozent entfallen hier auf Väter, im Bundesschnitt sind es 27 Prozent. Weil Frauen im Schnitt weniger verdienen, bleiben meist sie zu Hause. Jede weitere Einschränkung erschwert ihre Erwerbstätigkeit und berufliche Entwicklung. Für Alleinerziehende wird sie zur existenziellen Belastung.

Schon heute schöpfen viele Eltern ihre Ansprüche auf Kinderkrankentage nicht aus. Gründe sind die Sorge vor beruflichen Nachteilen, die Deckelung des Kinderkrankengeldes auf 90 Prozent des Nettoentgelts bzw. höchstens 135,63 Euro täglich und die Attestpflicht ab dem ersten Tag. Stattdessen bauen Eltern Überstunden ab, arbeiten nachts oder melden sich selbst krank.

Auch wirtschaftlich ist die geplante Kürzung kurzsichtig. Sind die Tage aufgebraucht, gehen kranke Kinder in Kita und Schule, stecken andere Kinder und Fachkräfte an und verursachen weitere Ausfälle in Einrichtungen und Betrieben.

Familien in Bayern stehen ohnehin schon organisatorisch und psychisch unter Druck: Familienleistungen des Freistaates wurden gekürzt oder gestrichen, die Kürzungsdebatten im Bund verunsichern sie zusätzlich. Die Staatsregierung darf sich nicht wegducken. Sie muss sich in Berlin dafür einsetzen, dass die Pläne vom Tisch kommen. Kranke Kinder gehören im Interesse der Kindergesundheit, der Beschäftigten und der Wirtschaft in die Obhut der Eltern nach Hause. Nötig ist dazu außerdem eine Arbeitskultur, in der beide Eltern kranke Kinder betreuen können, ohne berufliche Nachteile zu fürchten.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.09.2026 **Drucksache** 19/**13766**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**13624**

Vorfahrt für Familien statt neuer Belastungen – Kürzung der Kinderkrankentage verhindern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Anna Rasehorn
Abg. Roland Magerl
Abg. Thomas Huber
Abg. Kerstin Celina
Abg. Anton Rittel
Staatsministerin Ulrike Scharf
Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Vorfahrt für Familien statt neuer Belastungen - Kürzung der Kinderkrankentage verhindern! (Drs. 19/13624)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Keine Kürzung der Kinderkrankentage - Familien langfristig den Rücken stärken (Drs. 19/13639)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Familien im Fokus - Runden Tisch zur Familienpolitik einberufen (Drs. 19/13640)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache.

(Anna Rasehorn (SPD): Nur kurz, ich muss mein Kind jemandem übergeben!)

– Alles gut. Die Zeit haben wir problemlos. Ich erteile der Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Vielen lieben Dank an Tanja Schorer-Dremel, die mein schlafendes Kind übernommen hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen!

(Zuruf von der AfD)

Stellen Sie sich vor: Es ist früh morgens, die Brotzeitdosen stehen gepackt auf der Arbeitsplatte. Die Jacken hängen an der Garderobe, und plötzlich hat Ihr Kind Fieber. Die Eltern unter uns wissen, wie die Debatte jetzt laufen wird: Wer bleibt daheim? Wer ruft den Chef an? Wer geht zum Kinderarzt? Wie viele Kinderkrankentage haben wir überhaupt noch? Und was sagt eigentlich die Kollegin dazu, die letzte Woche schon die Schicht übernommen hat? Die Antworten auf diese Fragen werden mit der angekündigten Kürzung der Kinderkrankentage von 15 auf 10 durch den Gesundheitsminister nicht leichter. Das Ganze wird maßgeblich als Abschaffung einer Corona-Sonderregelung und als Rückkehr zu einer alten Regelung deklariert. Liebe Kolleg:innen, nur weil etwas früher schon ungerecht war, wird es bei der Rückkehr nicht besser!

(Beifall bei der SPD)

Nur wenige Tage vor dieser Ankündigung stand unser Ministerpräsident vor seiner Fraktion und versprach ein "noch kinderfreundlicheres Bayern", eine "Fast Lane" für Familien. Ein "noch kinderfreundlicheres Bayern"? Habe ich da richtig gehört? Das sagt die Partei, deren Agieren gegen Familien seit Monaten – ich muss ehrlicherweise sagen – System hat, mit der es ein ständiger Kampf um den ohnehin schon erbärmlichen Status quo ist. Was müssen Eltern denn noch alles ertragen?

Das Krippengeld wurde gestrichen. Der Beitragszuschuss wurde gestrichen. Das Familiengeld wurde gestrichen. Verlässliche Betreuung in Bayern? – Fehlanzeige! Im Bund wird über die Kürzungen beim Elterngeld, Wohngeld, Kindersofortzuschlag und beim Unterhaltsvorschuss vonseiten der Union debattiert. Und jetzt sollen Eltern auch noch weniger Zeit und mehr Druck bekommen, wenn ihr Kind krank im Bett liegt. So agiert nur jemand, der von der Lebensrealität hart arbeitender Familien nichts versteht. Nichts wird durch diese Kürzung besser, gar nichts!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Und dann wundern Sie sich, warum es in Deutschland immer weniger Kinder gibt? Fragen Sie doch mal die Eltern aus Ihrem Umfeld, wie die Realität mit kranken Kindern ist! Erst die Erkältung, dann das ohnehin geschwächte Immunsystem, der Magen-Darm-Infekt, dann kommt Fieber dazu. Wenn das eine Kind langsam wieder gesund wird, wird das zweite krank, und dann beginnt das Ganze wieder von vorne. Sind alle Tage aufgebraucht, bleibt nur noch der eigene Urlaub oder die unbezahlte Freistellung oder die bittere Entscheidung, das Kind doch krank in den Kindergarten zu bringen und das Beste zu hoffen. Was dabei immer herauskommt? – Noch mehr kranke Kinder, kranke Erzieherinnen und übrigens dann auch kranke Arbeitgeber, die sich erst recht bedanken. Das ist ein Teufelskreis.

Besonders betroffen sind zwei Gruppen: Erstens Familien von ohnehin schon chronisch kranken Kindern, deren Alltag ohnehin aus Arztterminen, Therapien und Klinikumsaufenthalten besteht, und zweitens Alleinerziehende, die niemanden haben, der morgens um Viertel vor sieben bereitsteht.

Wer sucht sich denn aus, wann und wie oft das eigene Kind krank ist? – Niemand! Schon heute bedeutet ein krankes Kind schräge Blicke vom Arbeitgeber, weniger Lohn und ein schlechtes Gewissen.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Und mit dieser neuen Schikane, dieser familienfeindlichen Politik soll genau was erreicht werden? Wird dadurch das Kind weniger krank? –Mich macht das mittlerweile wirklich wütend. Hinter all dem steht nämlich ein Bild, das die Union seit Monaten zeichnet: das Bild von Eltern, die sich ein paar freie Tage erschleichen. Wer kennt sie nicht, diese berühmten Lifestyle-Teilzeit-Mütter mit kleinen Kindern? Nicht nur Eltern, auch sonstigen arbeitenden Menschen wird beim Thema Krankheit mittlerweile pauschal Drückebergerei unterstellt. Was sollte die Sache mit der Krankschreibung ab dem ersten Tag? Eltern, die ihr krankes Kind pflegen, machen nicht blau. Sie übernehmen Verantwortung,

(Beifall bei der SPD)

Elternschaft und den Spagat zwischen Familie und Beruf, und das ist schon hart genug. Warum ihnen jetzt ausgerechnet da die Daumenschrauben angezogen werden, ist mir völlig unverständlich. Bei den Kinderkrankentagen geht es um mehr als eine Zahl. Es geht um eine Botschaft an jede Familie in diesem Land: Ihr dürft für eure Kinder da sein, wenn sie euch brauchen.

Herr Söder, Sie haben letzte Woche von der "Fast Lane" gesprochen. Wir nehmen Sie beim Wort. Wer Familien Vorfahrt verspricht, muss sich jetzt in Berlin auf der Überholspur dafür einsetzen, dass die geplanten Kürzungen zurückgenommen werden, und dafür braucht man ehrlicherweise keinen Runden Tisch.

(Zuruf des Abgeordneten Walter Nussel (CSU))

Vielleicht hilft es Ihnen und Sie haben einen Geistesblitz. Beim BayKiBiG hat es nicht funktioniert; aber vielleicht klappt es hier. Wir wünschen, dass es funktioniert, und bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Roland Magerl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Roland Magerl (AfD): Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie unattraktiv will man das Gründen einer Familie mit Kindern in Deutschland eigentlich noch machen? Wir stimmen nicht oft mit der SPD überein, aber das ist jetzt ein Antrag, der wohl jeden, der selber Kinder hat, eigentlich zum Nachdenken bringen sollte. Es stellt sich aber trotzdem die Frage: Sind Sie aktuell nicht in Berlin in der Regierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SPD? Sie haben die Möglichkeit

da droben, solche Themen, wenn sie vom Koalitionspartner auf den Tisch gebracht werden, wegzubügeln. Dann muss man halt so eine Regierungskoalition auch einmal in Frage stellen.

Die sozialen Einschnitte – das ist gerade schon angesprochen worden – nehmen immer mehr zu. Gerade was das Thema Kinder angeht, ist wirklich immens, was da in letzter Zeit abläuft, nicht nur im Bund, sondern auch in Bayern. Man muss sich wirklich überlegen: Bekommt man heute noch Kinder oder nicht?

Uns geht der ganze Antrag nicht weit genug. Vergessen worden sind bei diesem Thema und bei diesem Antrag sämtliche Familien mit behinderten Kindern. Über das, was da an zeitlichem Aufwand auf eine solche Familie zukommt – Einschnitte im Berufsleben, Einschnitte in die Attraktivität der Familie, Einschnitte im Finanziellen –, schaut man einfach hinweg. Gerade solche Eltern, die sich in der Gesellschaft sowieso anschauen lassen müssen, sind die, die eigentlich das größte Päckchen zu tragen haben. Deswegen haben wir den Antrag von der SPD noch ein bisschen aufgebohrt und haben Elternteile, die verheiratet sind, mit 20 Tagen pro Kind und Elternteil versehen, und die Alleinerziehenden – die werden wirklich im Regen stehen gelassen – mit 40 Tagen pro Jahr. Klar, für die Arbeitgeber ist so etwas nicht attraktiv.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

– Das zahlt der Arbeitgeber. Herr Schwartz, da sind Sie jetzt ein bisschen falsch gewickelt.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Es geht einfach um die Thematik, dass der Arbeitgeber dann schon Probleme hat, den Arbeitsplatz zu erhalten, vor allem, wenn es ein kleiner Betrieb ist. Nichtsdestoweniger: Wenn wir ein kinderfreundliches Land sein wollen, dann müssen wir an dieser Stelle einmal den Hebel ansetzen. Die Herausforderungen für eine Familie mit Kindern sind groß genug. Jeder weiß: Es gibt zwölf Wochen Ferien im Jahr, und die Alleiner-

ziehenden haben selbst damit schon Probleme: Wo bringt man die zwölf Wochen her? Die meisten Betriebe gewähren sechs Wochen Urlaub. Wenn keine Oma da ist, wenn kein Lebenspartner da ist, wenn kein Ehepartner da ist, dann steht man mit dem gewaschenen Hals vor der Tür.

Wir werden uns beim Antrag der SPD enthalten, weil er bezüglich der Behinderten nicht weit genug geht.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER lehnen wir ab, weil ein Runder Tisch an dieser Stelle das Ganze unnötig hinauszögert, und wenn das dann einmal so beschlossen ist, dann ist es auch mit dem Runden Tisch vorbei. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Huber für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Kollegin Rasehorn, wir kennen alle dieses Beispiel, wenn wir uns in die Situation von Familien versetzen: Man steht morgens in der Früh um 6 Uhr auf und das Kind ist krank, und um 8 Uhr beginnt die Arbeit. Ich glaube, diese Situation kennen alle Väter und Mütter, man telefoniert mit der Mutter, mit der Oma, man schreibt dem Chef, sagt Termine ab und hat trotzdem das Gefühl, als Eltern niemandem gerecht zu werden. Wer das erlebt hat, der weiß: Kinderkrankentage sind bei Familien kein Randthema. Sie sind ein Stück Sicherheit in einem ohnehin vollen Familienalltag, und deshalb sage ich auch ganz offen: Ich habe durchaus Verständnis für das Anliegen in Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen; aber ich finde auch, dass Sie mit dem Begriff der Kürzung nicht ganz ehrlich sind. Das Ganze ist nämlich während der Corona-Pandemie entstanden. Damals wurde die Zahl der Kinderkrankentage von 10 auf 15 Tage pro Kind und Elternteil erhöht,

(Anna Rasehorn (SPD): Habe ich aber gerade gesagt!)

und diese Sonderregelung läuft jetzt zum Jahresende automatisch aus, und dazu muss nicht einmal etwas neu beschlossen werden. Es handelt sich also mehr um eine Nichtverlängerung und weniger um eine beabsichtigte Kürzung, auch wenn es de facto für viele Betroffene eine solche darstellt.

Ich will aber auch nichts beschönigen. Auch ich halte nicht alles für richtig, was derzeit in Berlin familienpolitisch diskutiert wird. Gott sei Dank wird vieles von dem, was diskutiert wird, am Ende des Tages nicht beschlossen. Dazu gehört ausdrücklich auch die Frage der Kinderkrankentage. Die Infekte sind mit der Pandemie nicht verschwunden, und gerade für Alleinerziehende und Familien mit chronisch kranken Kindern wird es möglicherweise dann oft eng.

Trotzdem müssen wir Ihre beiden Anträge ablehnen – nicht weil uns die Eltern egal wären, sondern weil wir finden, dass die Anträge einfach zu kurz greifen.

Erstens steht nirgendwo drin – in keinem der beiden Anträge –, wer das Ganze bezahlt. Es bleibt am Ende des Tages wieder beim Arbeitgeber oder bei der Arbeitgeberin im Mittelstand und im Handwerk hängen.

Zweitens sind die Kinderkrankentage Bundesrecht, und vor allem Sie, liebe Kollegen der SPD, sitzen in Berlin mit am Kabinettstisch.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Der kürzeste Weg zu Ihrem Ziel führt nicht über einen Dringlichkeitsantrag im Maximilianeum, sondern über Ihre eigenen Leute in der Bundesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Drittens werben wir längst für eine familienfreundliche Arbeitskultur, und zwar mit unserem erfolgreichen Familienpakt Bayern, den Staatsregierung und bayerische Wirtschaft seit Jahren gemeinsam tragen.

Viertens – und das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt – helfen wir Familien nicht, indem wir je nach Nachrichtenlage einmal an dieser, einmal an jener Stellschraube drehen. Familien brauchen ein Gesamtpaket. Familienpolitik gehört auf die höchste Ebene. Familienpolitik muss zur Chefsache werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, deswegen legen wir heute einen eigenen Antrag vor. Wir bitten und fordern die Staatsregierung auf, einen umfassenden Runden Tisch zur bayerischen Familienpolitik einzuberufen,

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

der zum Beispiel auch mit einem Familiengipfel in der Staatskanzlei starten kann. An dieser Stelle möchte ich mich auch ganz herzlich bei unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder bedanken. Er hat nämlich vergangene Woche bei unserer Klausurtagung im Kloster Banz den Aufschlag gemacht und ein noch kinderfreundlicheres Bayern angekündigt, und das kommt nicht aus dem Nichts. Allein im Haushalt 2026 stehen in Bayern rund 5 Milliarden Euro für Familien bereit. In den vergangenen Jahren – wir haben es schon so oft gesagt – sind 11.000 Kitas und über 100.000 neue Kitaplätze in Bayern entstanden. Darauf bauen wir auf, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

– Sehr gerne, danke. – Beim Runden Tisch sollen alle Beteiligten an einen Tisch, die den Familienalltag kennen. Das sind Familien- und Elternverbände, die Wohlfahrtspflege, Kirchen, Kommunen und Kitaträger, Arbeitgeber und Gewerkschaften und natürlich auch die Wissenschaft. Es soll nicht nur bei einem Austausch bleiben. Wir wollen konkrete Ergebnisse, zum Beispiel – das wurde angesprochen – eine echte Fast Lane für Familien mit schnelleren Verfahren und dem Once-Only-Prinzip, damit Eltern ihre Daten nicht fünfmal irgendwo bei verschiedenen Ämtern angeben müssen.Wir wollen zum Beispiel ein zentrales Familienportal oder eine Kita-App, die auf einen Blick zeigt, wo es freie Betreuungsplätze gibt. Wir wollen flexiblere Schließzeiten

der Kitas, gerade in den Ferien. Wir wollen auch eine weitere Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit flexiblen und planbaren Arbeitsbedingungen für alle, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen.

Hierher gehört auch die Frage, wie Eltern ihre kranken Kinder gut betreuen können. Hierher gehört die Frage nach stärkerer finanzieller und steuerlicher Entlastung, nach mehr Unterstützung bei unerfülltem Kinderwunsch, nach mehr Wahlfreiheit bei den Familienleistungen und natürlich nach besseren Bedingungen für Familien beim Erwerb von Wohneigentum und nach einem wirksamen Schutz vor finanzieller Überforderung, wenn nahe Angehörige gepflegt werden müssen. Hierher gehört alles, was Familien Zeit zurückgibt, Bürokratie abbaut und ein selbstbestimmtes Familienleben erleichtert.

Entlastung heißt dabei nicht nur Geld, sondern auch Zeit, Planbarkeit und einfache Wege. Wir haben uns dazu während der sitzungsfreien Zeit in unserer Arbeitskreisklausur des Sopo und auch in Banz viele Gedanken gemacht. Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion; da sind viele gute Ideen gesammelt worden. Wir werden dazu in den nächsten Wochen eine ganze Reihe von Anträgen einbringen, mit denen wir unseren Familien den Rücken stärken wollen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Familien tragen jeden Tag Verantwortung für ihre Kinder, für pflegebedürftige Angehörige und füreinander. Sie haben es verdient, dass wir sie wieder stärker in den Fokus nehmen – nicht mit Schnellschüssen, sondern mit einem Paket, das trägt. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und um Ablehnung der beiden anderen Anträge. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, für eine Zwischenbemerkung hat die Kollegin Anna Rasehorn, SPD-Fraktion, das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Huber, während der letzten Jahre ist die CSU nicht müde geworden, immer wieder einmal Forderungen an den Bund zu stellen. Hier geht es doch genau darum: Wir müssen schnell agieren, weil unser Bundesgesundheitsminister, der aus Ihrem Hause kommt, diesen Vorschlag gemacht hat und wir da gemeinsam, glaube ich, Seit‘ an Seit‘ schreiten müssen.

Ich darf Sie informieren oder vielleicht klarstellen: Bei einem Kinderkrankentag brauchen Sie ein Attest vom Kinderarzt. Das heißt, Sie müssen erst mal gucken, dass Sie telefonisch durchkommen, ansonsten viel Spaß mit dem Kind in der Praxis!

Mit dem Attest bekommen Sie von der Krankenkasse – nicht vom Arbeitgeber oder sonst jemandem – 80 % Ihres Tageslohns ausbezahlt. Der Arbeitgeber streicht nämlich an diesem Tag den Lohn. Das führt dazu, dass ganz oft die Mutter daheim bleibt, weil die oft niedriger verdient. Das ist doch auch etwas, was wir hier nicht haben können.

(Petra Högl (CSU): Das können wir doch nicht beschließen! Das muss doch die Familie selber ausmachen!)

Ich möchte noch einmal diesen Teufelskreis und die Verlässlichkeit Ihrer Betreuung ansprechen. Es ist nämlich so: Was passiert denn, wenn kranke Kinder in die Kita gebracht werden? – Alle Kinder werden krank, oder die Erzieherin wird krank. Es sind dann Tage, wo die Kita ausfällt, weil einfach zu viele Kinder krank sind. –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, auch Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Anna Rasehorn (SPD): – Deswegen müssen wir auch gucken, dass wir diesen Teufelskreis durchbrechen, sodass wir in Bayern einfach den hohen Standard halten können.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön.

Thomas Huber (CSU): Den Teufelskreis zu durchbrechen, ist richtig. Deswegen wollen wir auch im Rahmen des bestehenden Familienpakts diesen Runden Tisch, an dem alle sitzen, weil das, was Sie jetzt angesprochen haben, ja in erster Linie ein Problem der Eltern ist, die berufstätig sind. Aber es wird dann natürlich oftmals auf dem Rücken des Handwerks, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, ausgetragen. Man muss das gemeinsam lösen.

Ich bin mir sicher, dass wir in Bayern im Rahmen dieses Familienpakts, den es ja mit Wirtschaft, mit Handwerk, mit Industrie- und Handelskammer, mit der Vbw gibt, so etwas auch miteinander besprechen und lösen können. Deswegen unser Vorschlag – er kam vom Ministerpräsidenten – zu diesem Runden Tisch, um solche Dinge einmal an einem Tisch miteinander, und zwar mit allen Beteiligten, zu besprechen und dann auch Lösungen zu finden.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist Kerstin Celina für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es im Landtag um Kinderkrankentage. Die Debatte, die hier geführt wird, ist – mit Verlaub gesagt – echt schräg.

Kurz zusammengefasst: Die Zahl der Kinderkrankentage wurde in der Corona-Zeit erhöht. Jetzt soll das wieder wegfallen – und das, obwohl jeder weiß, dass es kaum zu Einsparungen führen wird, weil die meisten Familien die maximale Zahl der Kinderkrankentage gar nicht nutzen. Das ist Symbolpolitik pur. Das wirkt wie der letzte verzweifelte Strohhalm von CDU und CSU: Wirtschaft vor Familien, maximaler Druck im Sozialbereich, Rolle rückwärts pur. CDU und CSU bräuchten echt einmal neue Ideen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schaden wird die Bundesregierung den wenigen, die diese Kinderkrankentage und unsere Solidarität wirklich brauchen, zum Beispiel weil sie Kinder mit chronischen Krankheiten haben oder weil ein Kind in einem Jahr wirklich oft krank ist und die Eltern auf dem Zahnfleisch gehen.

Ich war vor zwei Wochen beim Kinder-Lebens-Lauf 2026, organisiert vom Bundesverband Kinderhospiz, der Mitglieder in der Region besuchte, darunter Eltern, deren Kinder an Morbus Sandhoff leiden. Ihr in der Union, ihr wollt diesen Familien ernsthaft die Kinderkrankentage kürzen?

Jetzt kommt die SPD, die in der Regierungsverantwortung ist und die einfach einmal Nein sagen könnte, und unterstützt ihre schwachen Verhandlerinnen auf Bundesebene mit einem Antrag in Bayern. Inhaltlich stimmen wir mit der SPD voll und ganz überein: keine Kürzung der Kinderkrankentage.

Aber jetzt wird es echt schräg: Die CSU, die in Berlin und in Bayern in der Regierung ist, schreibt mit den FREIEN WÄHLERN einen – ich muss es so deutlich sagen – lächerlichen Antrag zu einem Runden Tisch, um über Familienpolitik zu diskutieren. Ihr seid doch als Regierung in Bayern und als regionale Abgeordnete die ganze Zeit an Runden Tischen. Ihr regiert seit Jahrzehnten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Seit acht Jahren!)

Und jetzt stellt ihr diesen Antrag zu einem neuen Runden Tisch, weil euch absolut nichts anderes mehr einfällt und ihr irgendeinen Ausweg sucht, um heute nicht offen zugeben zu müssen: Ja, die Kürzung der Kinderkrankentage und vieles andere, was wir in der Bundesregierung machen, ist echt Mist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ihr hört es doch auch aus euren eigenen Reihen, dass die Sozial- und Gesundheitsreformen, die gerade im Bund forciert werden, vor Ort einfach richtig schlecht ankommen, und zwar aus einem einzigen Grund: weil die Union mit ihren Vorschlägen

einfach durchgehend Misstrauen sät, inzwischen gefühlt gegen alle: gegen Familien, als ob Familien in großer Zahl ohne Not die Kinderkrankentage ausnutzen würden, oder gegen Menschen, die nach 45 Jahren Arbeit einfach ihre Rente wollen, als ob die in der Hängematte liegen würden! Im Gegenteil, die meisten beaufsichtigen ihre Enkel, damit die Eltern arbeiten gehen können, und engagieren sich nebenbei noch ehrenamtlich. Krankschreibung ab dem ersten Tag – ein klares Misstrauensvotum der Union gegen die Gesamtbevölkerung zulasten der Hausarztpraxen.

Mit euren Vorschlägen in der Gesundheitspolitik schürt ihr doch den Unmut, den ihr in den letzten Wahlen geerntet habt. Es ist einfach so lächerlich, heute und hier in dieser Situation einen Antrag zu einem neuen Runden Tisch zu stellen, statt der berechtigten Kritik der SPD am Gesundheitsminister zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns beim CSU-Antrag enthalten. Reden kann man immer, aber der Zeitpunkt ist falsch. Vor allem ist das falsch in Kombi – das ist mein letzter Punkt – mit dem Tankrabatt; denn dafür gehen insgesamt mehrere Milliarden Euro drauf. Viel davon wird bei den Mineralölkonzernen und letztlich bei den Ölmultis landen.

Mit dem Geld könnten wir locker die versicherungsfremden Leistungen in der Krankenversicherung zahlen. Wir könnten die Pflegeversicherung aufpeppen, den Umbau auf kostenfreie Erneuerbare voranbringen.

Statt eine Kehrtwende einzuleiten und ehrlich zu diskutieren, ist die CSU hier heute zu feige zuzugeben, dass die SPD mit ihrem Antrag einfach recht hat. Das kann doch in dieser dramatischen Lage nicht euer Ernst sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Petra Högl (CSU): Da kann man nichts anmerken, weil das unterirdisch ist! Tut mir leid!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Für die FREIEN WÄHLER spricht nun der Kollege Anton Rittel. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn ich mir die Reden so anhöre, könnte man meinen, wir sind auf dem Basar: 10 Stunden, 15 Stunden, 20 Stunden – wer bietet mehr, wer will noch etwas Gutes tun?

Ich glaube, wir müssen uns schon mal im Klaren darüber sein: Wir brauchen für unsere Familien Verlässlichkeit. Wir brauchen gute Strukturen. Wir brauchen keinen Wettbewerb, wer jetzt mehr und wer weniger bietet, wer jetzt die bessere Familienpolitik macht. Man kann dies nicht daran messen, wie viele Krankheitstage man melden kann, wenn Kinder krank sind. Ich glaube, das ist nicht der richtige Zeitpunkt und nicht der richtige Punkt, um das hier auszudiskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die alte Regelung hat vor Corona gut funktioniert. Sie ist vielleicht ein bisschen problematisch; ja, es ist schwierig, wenn Kinder krank werden. Man kann das nicht planen. Ich habe selber zwei kleine Kinder daheim. Wenn die krank sind, dann stehst du in der Früh auf; vielleicht merkst du nachts schon, dass sie krank sind, weil sie auf einen Schlag ins Bett kommen. Dann stehst du in der Früh da und musst irgendeine Lösung parat haben.Ja, es ist wichtig, dass man die Kinderkrankentage hat. Das ist wichtig, das soll so bleiben, und das ist auch gut so.

Frau Rasehorn sagt hier – und ich habe das jetzt nicht mehr genau nachrecherchieren können –, dass Leute über die schwer arbeitende Bevölkerung entscheiden, die selber noch nichts gearbeitet haben.

(Widerspruch der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Ich glaube, von mir sagen zu können, dass ich zwei Kinder aufgezogen und auch schon schwer gearbeitet habe, vielleicht mehr als jeder Einzelne von euch oder mehr als alle zusammen. Das traue ich mir einmal zu sagen. Deswegen habe ich auch das

Recht, hier mitzureden. Auf jeden Fall muss ich ganz ehrlich sagen, das war schon hart an der Grenze zur Beleidigung. Das muss ich ganz klar sagen.

(Anna Rasehorn (SPD): Das hat niemand behauptet!)

– Das können wir nachher noch einmal prüfen. Okay? – Wie gesagt, ich habe selber zwei kleine Kinder und weiß um die Probleme.

Der Bund will die Leistungen einführen. Deswegen muss er auch dafür sorgen, dass die finanziellen Mittel sichergestellt sind. Wenn ich das haben will, wenn ich Sozialpolitik machen will, wenn ich Familienpolitik machen will, dann kann nicht immer alles dem System unserer Krankenkassen aufgelastet werden. Das ist wichtig, das ist auch mir wichtig, und das ist, glaube ich, uns allen wichtig. Der Grund dafür ist, dass wir die Kinder und vernünftige sowie funktionierende Familien brauchen. Darum sind wir auch dafür.

Man muss aber bei der Frage, ob wir jetzt 10 oder 15 oder 20 Kinderkrankentage haben, auch wissen: Die AOK PLUS Sachsen & Thüringen hat im Jahr 2025 eine Umfrage gemacht und dabei erfahren, dass 98,6 % Kinderkrankentage für einen Zeitraum von bis zu zehn Tagen beanspruchen. Das bedeutet, nur 1,4 % beanspruchen mehr als zehn Tage. Wir veranstalten aber jetzt eine Riesendiskussion, ob wir 15 Tage oder 20 Tage brauchen. Nur ein kleiner Prozentsatz beansprucht diese Anzahl an Tagen. Das muss man sich immer wieder klarmachen. Darum stimmen wir dem Antrag der AfD natürlich nicht zu.

Wir in Bayern wollen ganz klar – so hat es der Kollege schon gesagt – einen anderen Weg gehen. Das ist der bessere Weg. Wir müssen Familienpolitik so gestalten, dass alle an einem Tisch sitzen. Dafür brauchen wir einen Runden Tisch für die Familienpolitik. Der muss zeitnah eingeführt werden. Deswegen soll nicht nur darüber geredet werden. Nein, den Runden Tisch brauchen wir, und wir müssen ihn einführen. Dort sollen Eltern-, Familienverbände, Sozial- und Jugendverbände, Träger und Fachkräfte der Kinderbetreuung ihre Erfahrungen einbringen. Wichtig ist, Fachleute am Tisch zu

haben, da es um ganz praktische Fragen geht: Wie können die Verfahren einfacher und schneller werden? Wie können wir Familienzeit sparen? Wie können wir Betreuung und Beruf besser vereinbaren? Wie schaffen wir verlässliche Bedingungen für die Familien und die Betriebe?

Man muss, glaube ich, auch die Betriebe, die mit fehlendem Personal zurechtkommen müssen, im Blick haben. Das ist vielleicht in einem kleinen Betrieb schwieriger; in einem großen Betrieb kann man das eher kompensieren, wenn jeden zweiten Tag eine Kraft fehlt. Die Ergebnisse muss man dann in eine weite Familienpolitik und in Arbeitsmarkt- und Familiengesetze einfließen lassen. So verbinden wir Unterstützung für Familien mit verlässlichen Rahmenbedingungen und Unterstützung für Betriebe mit einer Finanzierung, die morgen noch trägt. Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, mir liegt eine Meldung für eine Zwischenbemerkung vor. Dazu hat Frau Kollegin Anna Rasehorn von der SPD-Fraktion das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrter Kollege Anton Rittel, damit hier kein Keil zwischen uns kommt, zitiere ich aus meiner Rede: Ich habe von der Lebensrealität hart arbeitender Familien gesprochen. Ich habe nicht deine Lebensrealität oder Sonstiges in Frage gestellt. Wenn das bei dir so angekommen ist, tut es mir leid. Wie gesagt, ich komme aus der Altenpflege. Mir würde es nie einfallen, irgendjemandem seine harte Arbeit abzusprechen. Vielleicht ist das damit geklärt worden.

Du wirst uns aber doch zustimmen, dass Kinder krank in die Kita gebracht werden, weil die Kinderkrankentage aufgebraucht sind. Ich erlebe das zumindest bei mir im Kindergarten so, und ich kann in Augsburg zumindest für sehr viele Kindergärten sprechen, dass es Schließtage ohne Ende gibt, weil zu viele Kinder und Erzieherinnen krank sind.

Diesen Teufelskreis müssen wir doch irgendwie durchbrechen. Dafür sollten die kranken Kinder doch lieber daheimbleiben, als dass wir sie, weil die Kinderkrankentage aufgebraucht sind, krank in die Kita bringen. Dieses Vorgehen schleppt die Krankheit zu den Eltern und den Erzieherinnen, in die Betriebe und die Unternehmen. Alle werden dadurch krank. Und das kann doch auch nicht das Interesse der Wirtschaft sein, oder?

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Wie gesagt, ich habe auch zwei Kinder. Ich war selbstständig und meine Frau ist zur Arbeit gegangen. Wir haben das auch regeln müssen, und das ist auch gegangen. Darum gibt es die Tage, an denen ein Elternteil daheimbleiben kann. Das können ja beide Elternteile in Anspruch nehmen. Bei uns hat das funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht Frau Staatsministerin Ulrike Scharf. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ganz froh darüber und finde es gut, dass wir heute auch hier bei uns im Bayerischen Landtag über Familienpolitik reden; aber lassen Sie mich einige Fakten einmal vorwegschicken: Im Bund wird über die Kürzungen bei Familien gesprochen, und zwar ganz klar in verschiedensten Bereichen. Wir in Bayern investieren für die Familien, und das ist der Unterschied.

Der SPD-Bundesfinanzminister zwingt die Bundesfamilienministerin zum Sparen und zum Kürzen, und die SPD-Landtagsfraktion hier im Bayerischen Landtag stellt wohlfeile Anträge für die Familien. Ich frage mich manchmal schon, ob sich die Eltern und Väter und Mütter draußen Gedanken dazu machen, wie das zusammenpasst.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und ich sage es Ihnen deutlich: Das stärkt nicht die Glaubwürdigkeit der demokratischen Parteien in der Mitte, sondern es schwächt sie. Ich frage mich auch, ob Sie das wollen. Die ehemalige Bundesfamilienministerin Paus von den GRÜNEN hat die Sprach-Kitas gestrichen. Jetzt kürzt die Bundesregierung auf Druck des SPD-Finanzministers die Gelder bei der Kita – ich spreche vom KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz – und lässt diese Förderung auch noch auslaufen. Die Bundesregierung setzt die Förderung niedriger an und lässt sie auslaufen. Das sind die Fakten. Auf der anderen Seite stehen wir in Bayern, die drei Milliarden zusätzlich in unsere Kitas geben bis zum Jahr 2030.

Wenn ich heute lese, dass die Kollegin Bundesfamilienministerin Prien die Kürzungen beim Elterngeld noch einmal überdenken möchte, dann ist das eine gute Botschaft; denn ich verstehe die Familien und ihre Enttäuschungen: weniger Elterngeld, weniger Unterhaltsvorschuss, weniger Unterstützung für einkommensschwache Eltern und dann auch noch weniger Kinderkrankentage. Ein krankes Kind ruft nicht nach dem Bundeshaushalt, sondern es hat Fieber und es braucht Mutter und Vater. Es braucht vor allen Dingen für die Eltern die Sicherheit, dass sie bei ihrem Kind zu Hause bleiben können.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das heute ganz deutlich: Ja, unser Land braucht Reformen, und wir brauchen Chancen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Das nutzt auch den Familien. Wenn wir dabei aber die Menschen verlieren, wenn die Menschen den Sinn und den Zweck nicht mehr verstehen und wenn sie das Vertrauen verlieren und sich abwenden, dann rutscht unsere Demokratie weiter in eine der schwersten Krisen nach dem Zweiten Weltkrieg. Unser Ministerpräsident hat deshalb einen Gerechtigkeitscheck für die Reformen gefordert, und ich appelliere ganz klar auch an den SPD-Bundesfinanzminister: Wir dürfen die Familien nicht weiter verunsichern.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Familien mit Kindern sind notgedrungen die härtesten Opfer von steigenden Preisen, das sind die Preise im Supermarkt, die Mietnebenkosten oder die Strompreise. Das ist der Alltag der Familien, und das sind ihre Lebenssorgen. An diesem Punkt muss die Bundesregierung mit viel Empathie ansetzen. Wir reichen aus Bayern auf alle Fälle die Hand dazu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem Jahr 2018 haben wir in Bayern rund 22 Milliarden Euro für Familien eingesetzt. Allein in diesem Jahr 2026 stehen in meinem Sozialhaushalt 5 Milliarden Euro für Familien. Das ist weit über die Hälfte des gesamten Sozialhaushaltes. Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen: 230 Familienstützpunkte, 70 Mütter- und Väterzentren, 120 Koordinierende Kinderschutzstellen und unsere Bayerische Kinderschutzambulanz.

Ich kann Ihnen zudem berichten, dass ich kürzlich in Schweden war, um mit Königin Silvia über den Kinderschutz zu sprechen. Sie ist begeistert von der Leistung hier in Bayern. Bayern geht voran bei den Familien, und ich darf Ihnen auch einige Zahlen noch einmal nennen, um auch bei den Fakten zu bleiben: Seit dem Jahr 2010 gibt es ein Plus von 37 % bei den Kitas und damit über 11.000 Einrichtungen. Kollege Huber hat diese Zahl bereits erwähnt.

Wir legen auch noch einmal nach. Wenn Sie sich die BayKiBiG-Reform ansehen, dann wissen Sie, dass wir in diesem Jahr 280 Millionen Euro mehr für den Betrieb unserer bayerischen Kitas und insgesamt zusätzlich 3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 bereitstellen. Ich wiederhole das gerne, das bedeutet konkret ein Plus von 25 % bei der staatlichen Betriebskostenförderung. Zusammen mit den zusätzlichen Stellen bei den Schulen und bei der Hightech Agenda ist das unser Bildungsboom Bayern.

Ich werde auch nicht müde, immer wieder zu betonen, wie wichtig die frühkindliche Bildung ist. Zeigen Sie mir ein Land in Deutschland, das so kraftvoll für die junge Generation handelt wie wir in Bayern. Das ist einmalig.

Ich bin jede Woche unterwegs in den Familienzentren, in den Kinderschutzeinrichtungen, in Frauenhäusern, ich besuche die Werkstätten, die Generationenhäuser und auch die Kitas, und ich sage Ihnen: Jeden Tag wird das soziale Bayern mit Leben gefüllt. – Ich wünsche mir einen ganz großen Applaus für all diejenigen, für die Tausenden professionellen Herzwerkerinnen und Herzwerker, für alle Helferinnen und Helfer auch im Ehrenamt. Was sie leisten, macht uns nicht nur stolz, sondern sehr dankbar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie lebt von großen Prinzipien – von Freiheit, von Gerechtigkeit, von Menschenwürde. Gelernt werden diese Prinzipien aber im Kleinen. Am Küchentisch, im Kinderzimmer, im Alltag lernen Kinder: Jeder Mensch zählt. Hier lernen Kinder, zuzuhören, zu widersprechen, Verantwortung zu übernehmen und andere zu respektieren.

Familie ist die erste Schule der Demokratie. Hier wächst das Vertrauen in Staat und Gemeinwesen. Hier entsteht ein Wertekonsens – unser "Wir" –, und daraus erwachsen eine wehrhafte Demokratie und die Kraft zur Zukunft. Deshalb machen wir in Bayern Familienpolitik noch besser. Deshalb kommt dieser Runde Tisch. Wir wollen zuhören, genau hinhören und wissen, was die Familien wirklich bewegt. Was macht ihren Alltag leichter? Zusammen mit dem Ministerpräsidenten lade ich alle betroffenen Akteurinnen und Akteure zu dieser Auftaktveranstaltung ein.

Mit dem Bayerischen Familiengesetz heben wir die ressortübergreifende Bedeutung der Familienpolitik auf eine ganz neue Stufe. Ich will das Familienland Bayern zum Vorbild für ganz Deutschland machen. Unser Anspruch ist klar eine Familienpolitik, die im Alltag ankommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist das kinder- und familienfreundlichste Bundesland. Das sagt nicht die Bayerische Staatsregierung, sondern das sagen die Menschen selbst in der Ifo-Vergleichsstudie, bei der man ganz Deutschland zum Welt-

kindertag befragt hat. Ich kann Ihnen sagen: Wir ruhen uns darauf nicht aus. Wir in Bayern stärken weiter unsere Familien.

Wir wollen uns weiterentwickeln. Wenn Sie von der Opposition meinen, wir würden Nachhilfeunterricht benötigen: Danke, das können wir ablehnen. Eines ist aber auch klar: Sie können uns gerne unterstützen, wenn es um die Rückholung unserer bayerischen Milliarden aus dem Länderfinanzausgleich geht. Das ist auch ein wichtiger Schritt für bayerische Familienpolitik.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Unser Kurs ist klar: Reformen für die Menschen, nicht gegen sie, Investitionen für unsere Kinder, für unsere Familien, und Vorfahrt für die Familien in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/13624 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Gegenstimmen der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Enthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/13639 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/13640 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.